

Wochenblatt

für Pulsnik,
Königsbrück, Radeberg, Radeburg, Moritzburg und Umgegend.

Erscheint:
Mittwoh und Sonnabend.

- Als Beiblätter:
1. Illustriertes Sonntagsblatt
(wöchentlich);
2. Landwirthschaftliche Beilage
(monatlich).

Abonnementspreis
Bierteljährl. 1 M. 25 Pf.
Auf Wunsch unentgeltliche Zu-
sendung.

Amts-  **Blatt**
des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrathes
Pulsnik.

Inserate
sind bis Dienstag und Freitag
vorm. 9 Uhr aufzugeben.
Preis für die einspaltige Cor-
puszeile (ober deren Raum)
10 Pfennige.

Geschäftskeller:
Buchdruckerei von A. Babsi,
Königsbrück, C. S. Krausche,
Ramenz, Carl Daberlow, Groß-
schörsdorf.
Annoncen-Bureau von Haasen-
stein & Vogler, Invalidentanz,
Rudolph Mosse und G. L.
Daube & Comp

Druck und Verlag von E. L. Förster's Erben
in Pulsnik.

Achtundvierzigster Jahrgang.

Verantwortlicher Redakteur Gustav Häberle
in Pulsnik.

Sonnabend.

Mr. 94.

21. November 1896.

Zum Todtensonntag.

Zum Todtenfest die Glocken schallen
In dumpfen Klängen weit durchs Land;
Und Alle hin zum Friedhof wallen
Mit Blüthenkränzen in der Hand.
Wer wüßt auch nicht ein Grab zu finden,
Darinnen still ein Herz nun ruht,
An welches Liebesfesseln binden,
Das einstens treulich schlug und gut.

Am Grabe denkt an's eigne Ende
Der Eine wohl, und sinnt und sinnt,
Der Andre faltet still die Hände,
So manche heiße Thräne rinnt.
Und Mancher auch da draußen stehet,
Bereut, daß er einst Leid gesät —
Umsonst: im Friedhofshäuche wehet
Das Trauerwort „zu spät, zu spät!“

O Lebe, handle so hienied u,
Daß nichts Du zu bereuen hast;
Mit allen Menschen halte Frieden,
Erleichtre Jedem seine Last.
Dann weckt der Todtenglocke Klingen
In Deiner Brust nicht grimmigen Schmerz:
Nur leise zieht auf Engelschwingen
Dir sanfte Wehmuth in das Herz.

Bismarcksdebatte im Reichstag.

Am Montag beschäftigte sich der deutsche Reichstag mit der Centrumsinterpellation: 1) Ob bis zum Jahre 1880 ein geheimer Vertrag zwischen dem deutschen Reich und Rußland bestanden hat. 2) Im Falle ein solcher Vertrag bestanden hat, welche Vorgänge dazu geführt haben, ihn nicht zu erneuern. 3) Welchen Einfluß die jüngste Veröffentlichung über diese Angelegenheit auf die Stellung Deutschlands im Dreibund und sein Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten geübt habe. Hierzu nahmen Reichsregierung und Reichstag Stellung.

Die Erklärung des Reichskanzlers Fürsten zu Hohenlohe hatte folgenden Wortlaut:

Ueber die Verhandlungen, die vom Jahre 1887 bis zum Jahre 1890 zwischen Rußland und dem Deutschen Reich stattgefunden haben, ist seiner Zeit unbedingte Geheimhaltung verabredet worden. Der Zeitpunkt, von welchem an diese Verpflichtung aufhört, kann hiernach von uns nicht einseitig bestimmt werden. Ich bin daher zur Zeit nicht in der Lage, über das Ergebnis dieser Verhandlungen amtlich Auskunft zu erteilen. Was sodann die Haltung der deutschen Politik gegenüber Rußland seit dem Frühjahr 1890 betrifft, so ist auch hier meinerseits eine erschöpfende Antwort nicht möglich, so lange jene Verpflichtung fortbesteht. Was in dieser Beziehung gesagt werden kann, überlasse ich dem Herrn Staatssekretär des auswärtigen Amtes darzulegen, der damals an den Beratungen theilgenommen hat. Nach sorgfältigster Prüfung des vorhandenen Materials kann ich nicht umhin, die Gründe, welche damals die deutsche Politik leiteten, als vollständig anzuerkennen. Dabei kann ich der Ueberzeugung Ausdruck geben, daß eine ungünstige Veränderung in unseren Beziehungen zu Rußland als Folge jener Politik sich nicht fühlbar gemacht hat. Die Behauptung, daß damals oder jetzt englische oder überhaupt auswärtige Einflüsse mitgewirkt hätten, muß ich als jeder Begründung entbehrend zurückweisen. Was die Wirkung betrifft, welche die jüngsten Veröffentlichungen auf die Stellung Deutschlands im Dreibunde und sein Verhältnis zu den übrigen europäischen Mächten gehabt haben, so freue ich mich erklären zu können, daß die Wolfe des Mißtrauens, welche sich im ersten Augenblick in einzelnen Schichten der Bevölkerung jener Länder gezeigt hat, wieder verschwunden ist, und daß unser Verhältnis zu unseren Verbündeten nach wie vor getragen ist von unbedingtem gegenseitigen Vertrauen! Desgleichen haben unsere Beziehungen zu Rußland keinen Augenblick aufgehört gute und freundschaftliche zu sein.

Freiherr v. Marschall, der nun an die Reihe kam und dessen Rede ohne Zweifel ein rhetorisches Meisterstück war, wog gleichfalls offensichtlich jedes Wort ab. Wenn der Nachfolger des Fürsten Bismarck über die Rückversicherung eine andere Auffassung als Fürst Bismarck hatte, so möge man diese Auffassung kritisieren, aber ein so verdienstvoller und gewissenhafter Mann sei doch erhaben über Angriffe solcher Art. Unser Verhältnis zu Rußland habe dauerndere Grundlagen als jene Abmachungen. Auch seit 1890 hätten wir diese guten Beziehungen zu Rußland mit Erfolg gepflegt. Gestützt auf unsere vertragstreue Politik und die guten Beziehungen mit den fremden Mächten sowie auf die Zuverlässigkeit unserer Wehrkraft können wir unsere realen Güter pflegen und mit voller Zuversicht in die Zukunft schauen.

Als erster Redner in der Besprechung der Interpellation nahm Dr. Lieber vom Centrum, Gelegenheit, im Allgemeinen seine Genugthuung über diese Antworten der beiden Staatsmänner zum Ausdruck zu bringen, wobei er, man

möchte sagen, mit einer salbungsvollen, väterlich milden Gelassenheit sprach; er meinte aber, solche Abmachungen, wie sie die „Enthüllungen“ der „Hamburger Nachrichten“ verrathen hätten, sollten nie wieder abgeschlossen werden können, solange der Dreibund bestehe.

Nach einer Rede des conservativen Führers Frhr. v. Manteuffel, der die Interpellation nicht gern sah, und einer Darlegung des Nationalliberalen Dr. Enneccerus, der in kräftiger Weise für die geniale Bismarck'sche Politik eintrat, erklärte der Vertreter der Reichspartei Frhr. v. Gütlingen — Graf Herbert Bismarck — in aller Gemüthsruhe auf seinem Platze und schrieb Briefe, — daß seine Freunde nur bei Angriffen in die Debatte eingreifen würde.

Ganz anderer Meinung war Eugen Richter, der die schöne Gelegenheit nicht vorübergehen lassen konnte, seinem alten, „intimen Feinde“ einige geharnischte Entrüstungsrufer ins Gesicht zu schleudern. Doch mußte man ohne Weiteres anerkennen, daß er nicht seinem besten Tag hatte. Seine Auslassungen reizten zum Lachen. Er tadelt natürlich den Abschluß des Nationalliberalen mit Rußland nicht minder, wie die nunmehr erfolgte Bekanntmachung durch die „Hamburger Nachrichten“ und floß über vor Lobschätzung des Grafen Coprivi und seiner Handelsverträge. Im zweiten Theile seiner Rede wurde Richter wärmer und lebhafter, seine Ausfälle gegen den Fürsten Bismarck regneten hagel-dicht, und Graf Herbert saß auf der rechten und drehte eifrig auf seinem Schnurrbart. Der Vorwurf des „groben Vertrauensbruchs“ lehnte natürlich in der Rede Richters wieder, wie er in der radikalen Presse ununterbrochen erhoben worden war, und das Wort, man möge des Alters des Fürsten Bismarck wegen Gnade vor Recht ergehen lassen, geht zu den leider oft gefallenen Ausprüchen, die die Unfähigkeit mancher Deutschen zur Ehrung und Anerkennung ihrer wahrhaft großen Männer kennzeichnen. Ein trauriger, elker, zur Buße mahnender Anblick war dieser Reichstag, der sich in seiner großen Mehrheit im Saal und auf den Tribünen, bei den factastischen Angriffen eines Eugen Richter auf den großen Bismarck vor Lachen einmüde wälzte, seine Freude bekundend, daß der Efel dem Bösen einen Fußtritt zu geben vermute.

Die Bismarcks-Debatte war nun natürlich in hellem Zuge. Schon der nächste Redner, der Conservative Graf Wittbach, brachte eine lebhafteste, rechts äußerst warm begrüßte Anerkennung der Thätigkeit Bismarck's und namentlich seiner Russenpolitik. Er sei bei den Bekanntgebungen des Vertrages von dem Wunsche getragen worden, seinem Vaterlande einen großen Dienst zu leisten. Der Gipfel der Unverschämtheit sei es, zu sagen, Bismarck's Ausführungen richteten sich gegen die höchste Person. Die temperamentvollen Ausführungen des Redners erweckten stürmischen Beifall und höhnischen Widerspruch.

Die electrischen Lampen flammten auf, als Herr Liebtnecht, der Gemäßigteste von Gotha, das Wort ergriff. Der alte Vorkämpfer des Proletariats hat thatsächlich viel an seiner Frische und Geistesstärke verloren, er bewegte sich zumeist in abgefahrenen Bahnen. Heute gab er eine lange mit allerlei Ausfällen auf Bismarck wohlgespielte geschichtliche Darlegung, die nur hier und da die Rechte zum Widerspruch reizte. Allmählich leerte sich der Saal fast ganz und Herr Liebtnecht predigte mit hohenzollernischen erhobenen Händen vor einem Auditorium von zwei Duzend Mann. Daß man Herrn Liebtnecht nicht ernst nehmen könne, wenn er den Fürsten Bismarck einen großen Verbrecher nenne, das war der erste, nicht sehr freundwillige, aber hier nicht völlig unberechtigte Ausspruch des Abgeordneten von Kardorff, der mit seinem jugendlich hitzigen

Temperament die Vertheidigung Bismarck's wieder aufnahm und dabei oftmals zum Angriff namentlich gegen Richter überging. Auch er betonte aufs Schärfste, daß Bismarck's Handeln nur von dem Wunsche nach dem Wohle des Vaterlandes veranlaßt worden sein könnte. Im Namen seiner gesammten Fraction sprach dann der nationalliberale Professor Dr. Baasche gleichfalls sehr warm und voller begeisteter Sympathie für den Fürsten und seine Politik. Nach der Ablehnung eines Vertrags-Antrags durch den arbeitslustigen Reichstag kam noch Liebermann von Sonnenberg zum Wort, um mit seiner gewaltigen Stimme, und mit einem Uebermaß von Lachen erregenden Witzes die Gegner anzugreifen, und den Fürsten Bismarck zu preisen. Als er diesen den „zwig unabsehbaren“ Kanzler nannte, brachen alle Reichsboten in Gelächter aus, und auch der jetzige Kanzler nahm die unfreundliche Kritik mit mildem Lächeln auf. Im Gegensatz zu diesem Redner wetteuerte der schwäbische Volksparteiler Hauptmann mit voller Würde gegen den „Verräther von Staatsgeheimnissen.“ Das Bemerkenswerthe der heutigen Debatte sei, daß Graf Herbert Bismarck kein Wort zur Vertheidigung seines Vaters gefunden habe. Sodann polemisirte der Redner gegen die Antisemiten, die ihre Defecte mit dem Namen Bismarck's verdecken wollten, und verlor sich schließlich in allerei politischen Erörterungen, die nur nach wenig Interessen wach riefen. Richter (frei. Ver.) meint gleichfalls, daß Bismarck als inaktiver Staatsmann zu den Enthüllungen nicht berechtigt gewesen sei. Abg. Graf v. Bismarck (b. l. F.) erklärt in Folge von Angriffen mehrerer Vorredner, daß ihm von einem Interview eines Vertreters des „Neuen Wiener Tageblattes“ nichts bekannt sei; eben so wenig über ein Interview über die Währungsfrage. Damit ist die Interpellation erledigt.

Zieht man das Facit der ganzen Debatte, so kann man Herrn Richter nur bestimmen, der erklärte, er wisse nicht, was der Kern derselben sei. Dieser Meinung werden die meisten Zuhörer gewesen sein; unendlichen Aufwand an Wortschwall und dröhnendem Pathos auf Seiten der Oppositionsgruppen um eine Sache, von der sie nichts wußten und auch vom Bundesrathliche aus nichts erfahren hatten. Was die Regierungserklärung anbelangt, so ist die des Herrn Reichskanzlers formell jedenfalls correct und unantastbar; dennoch wäre es für Deutschland vielleicht nützlicher gewesen, wenn Fürst Hohenlohe unumwunden für die Richtigkeit der Bismarck'schen Politik, wie sie sich in dem deutsch-russischen Vertrage bekundet, eingetreten wäre und den hohen Werth der großen Friedensbürgschaft betont hätte, die damit für Deutschland und seine Verbündeten verknüpft gewesen war. Die jetzigen Regierungserklärungen lassen immer noch Raum für die Meinung, als ob Deutschland sich der Sache zu schämen und viel zu verbergen hätte. Im Gegentheil: Der deutsch-russische Vertrag kann das hellste Licht der Oeffentlichkeit vertragen und bildet ein unantastbares Vorberblatt in dem reichen Kranze der Bismarck'schen Politik. Ob Rußland heute noch einen Grund hat, die Veröffentlichung eines jetzt hinreichend bekannten und seit sechs Jahren abgelaufenen Vertrages nicht zu wünschen, vermögen nur die Eingeweihten zu beurtheilen. Das geplante Scherbengericht gegen den Fürsten Bismarck und die auf diese Weise angestrebte Annullirung des kaiserlichen Telegramms vom 23. März 1895 hat mit einem großen Fiasco geendet. Die national gesinnten Parteien haben im Gegentheil eine willkommene Gelegenheit gehabt, ihre damalige Haltung vor aller Welt von Neuem zu bekunden.

